

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	8. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2018/008)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 13.02.2018
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas

Woltering, Maria

Reehuis, Markus

Große-Schwiep, Josef

Terbrack, Karl Heinz

Benölken, Franz

Rudde, Christian

Hemsing, Klaus

Vertretung für Herrn Winfried Pomberg

Vertretung für Herrn Josef Terhalle

SPD

Dönnebrink, Andreas

Herickhoff, Hermann Josef

Gerick, Alfons

Vertretung für Frau Mathilde Fischer

UWG

Ruwe, Felix

Heijnk, Annegret

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

Vertretung für Herrn Klaus Löhring

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Leuker, Werner
Beckmann, Georg

stellv. Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Pomberg, Winfried
Terhalle, Josef
Büning, Stefan

SPD

Lambers, Klaus
Fischer, Mathilde

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

WGW

Frankemölle, Norbert

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.01.2018
- 2 Fortführung der Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2018
- 3 Abschaffung der Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Ausschüssen;
Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2018
- 4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

1 Niederschrift über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.01.2018

Die Niederschrift über die 7. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.01.2018 wird anerkannt

2 Fortführung der Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2018

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die sich aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.01.2018 ergebenden Veränderungen für den Haushaltsplan 2018.

Bürgermeisterin Voß ergänzt, dass sie hinsichtlich der nicht befürworteten Stelle im Bereich der Friedhofsverwaltung im Laufe des Jahres 2018 prüfen werde, welche Aufgaben hier angesiedelt werden könnten. Sie werde hier frühzeitig auf die Politik zukommen, um die Stelle ggf. auch für den Haushalt 2019 einzuplanen.

Herr Horst beantragt, die Kreditermächtigung für das Jahr 2017 i.H.v. 6,1 Mio. €, anders als geplant, nicht auf das Haushaltsjahr 2018 zu übertragen. Dieser Passus solle im Entwurf gestrichen werden. Im Jahr 2017 habe man aufgrund der gestiegenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer keine zusätzlichen Kredite aufnehmen müssen. Da dies auch für das laufende Jahr zu erwarten sei, könne man auf die Ermächtigung verzichten. Darüber hinaus solle die geplante Kreditaufnahme für 2018 i.H.v. 3,6 Mio. € ebenfalls nicht eingeplant werden.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass er dieses Vorgehen nicht befürworten könne, da die Nichtinanspruchnahme von Krediten zu einem Defizit bei der Liquidität i.H.v. 3 Mio. € führen würde. Nur so könnten die geplanten Investitionen abgewickelt werden.

Bürgermeisterin Voß ergänzt, dass in den vergangenen Jahren eine bedarfsgerechte Kreditaufnahme erfolgt sei, die sämtliche Eventualitäten berücksichtige und natürlich nicht in Anspruch genommen werde, wenn Finanzbedarf anderweitig gedeckt werden könne.

Bürgermeisterin Voß lässt zunächst über den Antrag, auf die Übertragung der Kreditermächtigung zu verzichten, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 1 Ja-Stimmen
- 16 Nein-Stimmen

Im Anschluss wird über den Antrag, die im Jahr 2018 geplante Kreditaufnahme mit Sperrvermerk zu versehen, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- 1 Ja-Stimmen
- 16 Nein-Stimmen

Damit werden beide Anträge abgelehnt.

Herr Eisele weist auf die gestiegenen Strompreise hin und schlägt die Einführung eines sozialen Zuschusses für Geringverdiener vor. Die Verwaltung solle in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken prüfen, ob Familien mit mehr als zwei Kindern einen „Sozialtarif“ erhalten könnten.

Bürgermeisterin Voß antwortet, dass im Rahmen des SGB II Stromkosten bereits gedeckt würden. Sie sehe hier keine Ermächtigungsgrundlage als Kommune zusätzliche Hilfen zur Verfügung zu stellen.

Beigeordneter Leuker bestätigt, dass das SGB II im Leistungsumfang Stromkosten abdecke. Dennoch werde er die Anregung mitnehmen und Rückmeldung geben.

Herr Herickhoff spricht die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek an. Aufgrund der steigenden Besucher- und Ausleihzahlen halte er es für notwendig, dass die Öffnungszeiten von dienstags bis freitags bis 18:30 Uhr oder 19:00 Uhr verlängert würden. Ggf. könnte die Stadtbibliothek auch morgens erst um 11:00 Uhr öffnen.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass derzeit eine Besucherbefragung in der Stadtbibliothek ausgewertet werde. Hier seien auch Fragen zu den Öffnungszeiten gestellt worden. Anhand dessen werde man über die Ausweitung der Besucherzeiten nachdenken und in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses vorstellen. Natürlich müsse man auch hier die Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen im Auge behalten.

Herr Eisele ergänzt, dass auch ein Dienstleistungsabend angeboten werden sollte.

Herr Vorkamp schildert, dass der aktuell in der Stadthalle installierte Beamer das Bild nicht bis zur Bühnenrückwand projizieren könne, sondern lediglich bis in den vorderen Teil der Bühne. Bei Auftritten, bei denen hinter den Akteuren, z.B. bei Auftritten von Musikvereinen, etwas gezeigt werden solle, müsse von den Vereinen zusätzliche Technik kostenintensiv eingesetzt werden. Hier stelle sich die Frage, ob die Anschaffung einer zusätzlichen Linsentechnik seitens der Stadt nicht ein gutes Entgegenkommen sei.

Beigeordneter Leuker entgegnet, dass einzelne technische Fragen im Bereich der Stadthalle aktuell geklärt würden. Hierzu zähle auch das Thema Beamer. Man wolle die offenen Anforderungen im Ganzen betrachten und eine abschließende Lösung erarbeiten.

Herr Vorkamp fragt an, ob im Zusammenhang mit der Anschaffung von Spielgeräten auf dem Dorfplatz Ottenstein auch Kinder und Jugendliche beteiligt würden.

Beigeordneter Leuker antwortet, dass es gängige Praxis sei, dass vor Neuanschaffungen und Umrüstungen Kinder und Jugendliche befragt würden, um auch sicher zu gehen, dass die Investitionen ihren Anklang fänden.

Herr Dönnebrink weist auf das im Budget 01.10 (Immobilienwirtschaft) formulierte Ziel „Anreize für Ressourcen sparenden Umgang mit Wasser, Strom, Heizung und Verbrauchsstoffe“ für Nutzer zu schaffen, hin. Er wüsste gerne, welche Maßnahmen im Einzelnen hiermit gemeint seien.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass es bei den Liegenschaften Verbräuche gebe, die hinterfragt werden müssten, da sie nicht technischer Natur seien, sondern abhängig vom Nutzerverhalten. Konkrete Vorschläge für entsprechende Anreize gebe es derzeit noch nicht.

Erster Beigeordneter Althoff berichtet aus der Arbeitsgruppe „Ziele“. Die hier formulierten Ergebnisse seien an vielen Stellen in den Haushalt eingearbeitet worden. Zum Thema „Digitales Ahaus“ habe man sich auf ein sog. Oberziel, nämlich „Digitale Stadtverwaltung“ verständigt. Darunter verstehe man zum einen, moderne Technologien zu nutzen, um effiziente und bürgernahe Verwaltungsdienstleistungen anzubieten und zum anderen, die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Wandels durch die Digitalisierung.

Herr Benölken fragt an, wie die Weiterführung des Stadtwalls geplant sei.

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass der 1. Bauabschnitt abgeschlossen sei und die Planungen für den 2. Abschnitt begonnen hätten. Problematisch stelle sich die Anbindung des Stadtwalls im unteren Bereich dar. Der zunächst geplante Kreisverkehr, sei schwierig umzusetzen, da fünf Wege angebonden werden müssten und ein Kreisverkehr viel Raum benötige. Darüber hinaus sei man dabei, die verbliebenen Eigentumsverhältnisse zu klären.

Herr Vorkamp möchte wissen, wie es um den Endausbau der Hoffstegge stehe. Hier werde eine zeitnahe Fertigstellung erwartet.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass sich einige Hochbaumaßnahmen andeuteten, die ggf. abgewartet werden müssten, bevor die Straße komplett fertig gestellt werden könne. Das bedeute aber nicht, dass das Vorhaben in die Zeit gestellt werde.

Herr Vorkamp weist auf die Sanierung des Holtwegg in Wessum hin. Hier soll ein spezielles Verfahren zur Verdichtung der Seitenränder angewandt werden. Er fragt an, wann die Maßnahme umgesetzt werde. Diese Frage betreffe auch die Verlängerung der Raiffeisenstraße.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass die Sanierung des Holtweggs für das Jahr 2018 vorgesehen sei. Die Arbeiten rund um die Verlängerung der Raiffeisenstraße in Richtung Holtwegg könnten erst in 2019 zur Umsetzung kommen. Er schlage vor, dieses Thema in den nächsten Fachausschuss zu vertagen.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2018 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:
9 Ja-Stimmen
8 Enthaltungen

3 Abschaffung der Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Ausschüssen; Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2018 A/2018/0124

Herr Dönnebrink stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beratung zur Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzenden in den Rat zu vertagen. Da es sich um eine damalige

Entscheidung des Rates handle, könne auch nur der Rat über dieses Thema erneut beschließen. Darüber hinaus liege der Erlass des Ministeriums zur offenen Fragestellung noch nicht vor.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass der Haupt- und Finanzausschuss durchaus einen Empfehlungsbeschluss fassen könne, der dann zur letztlichen Entscheidung in den Rat gegeben werde.

Die Beratung und Beschlussfassung zum UWG-Antrag zur Abschaffung der Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Ausschüssen wird an den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Ja-Stimmen
- 3 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

Erster Beigeordneter Althoff erläutert zunächst im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans die Baumaßnahmen. Für den Standort Nord habe es diverse Gesprächstermine geben, so dass mit den Bautätigkeiten kurzfristig begonnen werden könne. Als mittelfristige Planung sei der 2. Bauabschnitt des Gerätehauses Ottenstein vorgesehen, hier die sachgemäße Unterbringung der Schutzkleidung. Die Mittel seien im Haushalt eingeplant. In Wüllen werde im April eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. An der Hauptwache beginne man in Kürze mit den Planungen, die dann die Ergebnisse der Brandschutzbedarfplanung aufgriffen. Am Standort werde in diesem Zusammenhang auch geprüft, ob Synergieeffekte zum benachbarten Baubetriebshof genutzt werden könnten.

Bei der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans gehe es im Wesentlichen um weitere personelle Anforderungen.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklungen bei der Feuerwehr würden künftig die Information der Politik und die notwendige Beratung im Haupt- und Finanzausschuss stattfinden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zu aktuellen Entwicklungen bei der Feuerwehr zur Kenntnis.

gez. Karola Voß
Vorsitzende

gez. Doris Zevenbergen
Schriftführerin